

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB zur Notwendigkeit, Auswüchse im Wettbewerb zu unterbinden und den Sinn des Sportes wieder zu betonen: Ein Plädoyer für „Abrüstung im Spitzensport“.

Seite 1

Rolf Wernstedt MdL zu Forderungen von Unions-Bildungspolitikern, die Schulzeit zu verkürzen: Weder seriös noch praktikabel.

Seite 4

44. Jahrgang / 98

26. Mai 1989

Ein Plädoyer für „Abrüstung im Spitzensport“

Zur Notwendigkeit, Auswüchse im Wettbewerb zu unterbinden und den Sinn des Sportes wieder zu betonen

Von Wilhelm Schmidt MdB
Mitglied im Sportausschuß des Deutschen Bundestages

Wann endlich wird es den „Gorbatschow im Sport“ geben, der durch konsequentes Handeln die „Hochrüstung im Spitzensport“ beendet und damit eine Entwicklung einleitet, die wieder mehr Humanität in die Sportszene zurückbringt? Ich könnte die Provokation auch fortsetzen und fragen: Wann endlich wird durch verantwortungsbewußtes Handeln der Zug der Spitzensport-Lernminge gestoppt?

Immerhin sind zarte Ansätze für ein vorsichtiges Überdenken der heutigen Positionen nicht zu übersehen. Der Sportausschuß des Bundestages hat am 14. Oktober 1987 (unter dem Eindruck des inzwischen längst wieder verdrängten Todes der Leichtathletin Birgit Dreßel) eine öffentliche Anhörung zum Thema „Humanität im Spitzensport“ durchgeführt, der DSB hat Anfang November 1987 bei seinem Kongreß „Menschen im Sport 2000“ neue Orientierungen und alte Probleme diskutiert und das NOK hat kürzlich mit seinem Ethik-Seminar eine Basis für die geistige Auseinandersetzung im Hochleistungssport legen wollen. Dies war immerhin ein Hauch von Bewegung; die beiden 87er Meetings haben bis heute jedoch konkrete Veränderungen nicht erbracht.

Bedenklich muß doch sein, daß erst die massive Erschütterung der olympischen Sportarena durch den „Fall Johnson“ die Diskussion um die Dopingkontrollen weltweit entfacht hat. Wurde noch Anfang 1988 meine Forderung nach Trainings-Kontrollen mit erheblichen rechtlichen Bedenken kommentiert, so wurden diese Probleme nach Seoul nicht mehr weiterverfolgt. Braucht man denn immer erst Katastrophen, um in einer schwierigen Frage Veränderungen zu erzeugen? Könnten die Vertreter/innen des Sports nicht

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos Übergang
zu normaler Preiskategorie
Reprint-Preis



von den vielen Fehlern der Politik (national und international) lernen und häufiger vom „Katastrophen-Lernen“ zum Vordenken gelangen?

Natürlich ist nicht alles bedenklich im Spitzensport. Wir brauchen ihn geradezu, nicht zuletzt als Stimulans für die breite Bewegung, die so vielen Millionen Menschen positive Erlebnisse bringt.

Der Einfluß des Geldes und die Medienmacht sorgen an vielen Stellen für eine Fortsetzung und Verschärfung der problematischen Entwicklungen. Wenn man im Hinterkopf die alte Formel „Brot und Spiele“ hat und dann noch die Aussage von Alfred Grosser beim NOK-Seminar hinzunimmt („Unten halten durch Unterhalten“), wird auch unter politischen Aspekten manche Fehlsteuerung noch mehr Mißtrauen und Gegnerschaft verdienen.

Es gilt massiv die Bekämpfung der Auswüchse im Spitzensport anzugehen. Oder sind es nicht Auswüchse, wenn die Leistungsgrenze in einigen Sportarten (speziell mit Kurzzeitbelastung) durch medizinische Manipulation künstlich hinausgeschoben wird? Wann wird das herkömmliche Doping nicht mehr ausreichen und der genmanipulierte Spitzensportler in die Wettkämpfe eingreifen? Gieselers Beschreibung vom „unausweichlichen Muskelkrieg“ unter dem Einfluß von Marketing, Kommerz und Medien ist bei nüchterner Betrachtung der aktuellen Szenerie wohl kaum als Schwarzmalerei zu bezeichnen. Auch die sprachliche Anlehnung an die Kriegsberichterstattung ist - so falsch sie sonst im Sport sein mag - durchaus angezeigt.

Nehmen wir uns einige weitere Extrem-Entwicklungen vor: Der übertriebene Nationalismus und Chauvinismus lassen einige Länder rücksichtslos mit den ihnen anvertrauten Menschen experimentieren und manipulieren. Daß immer mehr Nationen und Verbände dieser Handlungsweise anheim fallen, ist unter anderem auch an der maßlosen Ausweitung an internationalen Cups, Wettbewerben und Wettkämpfen zu ersehen. In diese Richtung orientiert sich auch der Kommerz im Sport und fördert diese Entwicklung nach Kräften.

Wer blickt nicht nach wie vor geflissentlich an den auch in unserem Land immer noch zu findenden Kindern vorbei, die im Hochleistungssport überlastet werden? Überhaupt ist es ein typisches Verhalten in einer Massengesellschaft mit ihren Kommunikationsproblemen, an Auswüchsen und negativen Entwicklungen möglichst vorbeizusehen. Ist es wirklich nötig und richtig, die Gymnastinnen und Turnerinnen, die Schwimmerinnen und die Tischtennispieler sowie manche andere als zehn- bis zwölfjährige einem fast täglichen Spitzentraining zu unterziehen, um (unter Inkaufnahme einer hohen „Ausfallquote“) dann 15jährige Top-Athleten/innen zu haben? Diese kurze Abhandlung kann natürlich nicht differenziert auf alle Einzelheiten solcher Situationen eingehen, aber auch in unserem Lande sind solche Vorgänge immer noch zu registrieren - leider!

Ähnlich wie im Falle Gorbatschow auf dem Gebiete der internationalen Rüstung könnte dem Sport auch ein Faktor hilfreich zur Seite stehen, wenn er sich ernsthaft bemühen wollte, seine Auswüchse zu beseitigen: der Kostendruck! Es wird nämlich national wie international immer klarer: Der Hochleistungssport läßt sich auch bei bester Vermarktung kaum noch finanzieren. Das wird schon bald bei einer ganzen Reihe von Sportarten (zum Beispiel Leichtathletik, Schwimmen) zwangsläufig ein Umsteuern erzeugen - was schließlich auch keine Schande ist!

Bereits die Organisation des Spitzensports ist heutzutage weit aufwendiger als noch vor wenigen Jahren. Mit Ehrenamtlichkeit und Amateu­rismus sind nur noch sportliche Glücksfälle zu beherrschen. Gezielte Betreuung, soziale Absicherung, medizinische und physiotherapeutische Unterstützung, modernstes Wettkampf- und Trainingsgerät stellen einen Riesen­aufwand dar. Augen­fälliges Beispiel ist das Fechtzentrum Tauber­bischofsheim, das offenbar ohne Manipulation sportliche Supererfolge hervorbringt, aber für eine Handvoll Sportler/innen einen Organisations- und Kostenaufwand wie für ganze Heere anderer Spitzensportler in anderen Sportarten hervorruft.

Ich bin sicher, wir werden es schneller lernen als manche zur Zeit noch glauben: In der Beschränkung wird der Gewinn der Zukunft liegen. Wenn in manchen Wettkämpfen nur noch gedopt ein Erfolg erzielt werden kann, muß eine Teilnahme dort abgebaut werden (Wenn die Gedopten allein unter sich sind, werden sie keinen Spaß mehr daran haben). Die Wettkampfflut muß durch Austrocknung reduziert werden. Die Kostenseite wird dann zur Besinnung zwingen, wenn sowohl die öffentlichen Zuschüsse als auch die kommerziellen Einnahmen nicht mehr angehoben werden können. Dabei gibt es (ohne den „Goldenen Zügel“) durchaus die Aufgabe der Politik, die öffentlichen Mittel weniger unter Medaillen- als unter Humanitäts-Gesichtspunkten zu vergeben. Bei ehrlicher Auseinandersetzung ließen sich hierfür problemlos Kriterien finden. Eine weitere wichtige Forderung muß die (notfalls freiwillige) Einhaltung einer unteren Altersgrenze für internationale Starts sein (zum Beispiel 15 Jahre).

Vielleicht läßt sich darüber hinaus durch eine Umgestaltung der Medien-Berichterstattung die „Sensation als höchstes Gut“ nach und nach beseitigen. Aber bleiben wir trotz dieser (zum Teil wissenschaftlich längst untermauerten) Erkenntnisse nüchtern in der Beurteilung der Lage: Der Sport ist Teil der gesamtgesellschaftlichen Prozesse, die schließlich nicht ganz zu unrecht als Industrie-, Medien-, Eilbogengesellschaft apostrophiert werden. Die Sinnorientierung wird flacher, ethische und humanitäre Aspekte treten in den Hintergrund. Sicher tun wir gut daran, auf nationaler Ebene durch intensivere Betreuung die Athleten/innen schon in jungen Jahren so zu erziehen, daß sie selbst die Gefahren von Manipulation und Extremen erkennen und abwehren. All dies scheint mir jedoch reale Utopie in Anbetracht der vorher erwähnten gesellschaftlichen Situation, darum bleibe ich skeptisch (ohne Anhänger der Katastrophen-Theorie zu sein): Es muß wohl erst etwas Besonderes eintreten, ehe eine wirkliche Veränderung eintritt.

Ich hoffe, daß dies Besondere etwas Positives sein wird und daß wir es bald erleben werden. Schließlich ist der Hochleistungssport etwas viel zu Schönes, als daß wir ihn kampfflos preisgeben könnten!

(-/26.5.1989/rs/ks)

* * *

Weder seriös noch praktikabel

Zu Forderungen von Unions-Bildungspolitikern, die Schulzeit zu verkürzen

Von Rolf Wernstedt MdL

Bildungsexperte und Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die Diskussion über die Verkürzung der Schul-, Ausbildungs- und Studienzeiten gibt nur im Gesamt-rahmen einen Sinn. Ohne inhaltliche Vorbereitung ist sie zur Zeit pädagogisch, bildungspolitisch, bildungsplanerisch und hochschulpolitisch Unfug. Der bevorstehende EG-Binnenmarkt hat einige konservative Kultusminister dazu veranlaßt, den alten CDU-Parteitagbeschuß nach Verkürzung der Schulzeit wieder aufzuwärmen. Die Gedanken sind nicht seriöser und die Vorschläge nicht praktikabler geworden. Nicht einmal die vorgetragenen ökonomischen Argumente stimmen.

Analyse der Folgen einer Schulzeit- und Ausbildungsverkürzung

1. Streichung des 13. Schuljahres

Eine solche Forderung führt zu einer Umorganisation der gymnasialen Oberstufe. Die reformierte Oberstufe mit ihren pädagogischen Möglichkeiten und ansatzweise freien Entscheidungsspielräumen für die Schwerpunkte müßte abgeschafft werden. Die Verfechter müssen sich fragen lassen, wie glaubwürdig es ist, drei Jahre lang eine Kampagne gegen angeblich sinkende Allgemeinbildung zu führen, die Pflichtbelegung von Deutsch im 13. Schuljahr für unerläßlich zu halten und heute die Streichung dieses Schuljahres zu fordern. Außerdem ist es unerträglich, vor dem Hintergrund der Verlängerung von Wehrdienst- und Zivildienstzeiten über Schulzeitverkürzung zu diskutieren.

Mit der Streichung des 13. Schuljahres stünde in Niedersachsen im übrigen auch die Orientierungsstufe zur Disposition. Denn eine Verkürzung der Oberstufe läßt sich nur mit einer curricularen (inhaltlichen) Straffung der Sekundarstufe I insgesamt verbinden. Die Verschärfung des Drucks in den Klassen 7 bis 10 der Gymnasien führt aber zur Abschottung gegenüber den Realschulen und Hauptschulen und erhöht den unpädagogischen Druck auf die Kinder der Orientierungsstufe. Die Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeit der Schüler geht dagegen in die richtige Richtung.

Die Kürzung des 13. Schuljahres brächte also bildungsreformerisch nur Rückschritte und mehr Inhumanität in die Schule.

Aufgrund der katastrophalen Einstellungssituation für Lehrkräfte wäre dieser Schritt auch arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv, weil ohne ein 13. Schuljahr in Niedersachsen etwa 1.700 Lehrkräfte weniger benötigt würden.

Hochschulplanerisch wäre die Streichung des 13. Schuljahres unter den prognostizierbaren Zahlenentwicklungen an den Hochschulen der Bundesrepublik unverantwortlich. Die KMK hat gerade vorge-rechnet, daß bis zum Jahre 2005 an den Hochschulen der Bundesrepublik eine ständige Überlast zu erwarten ist. Wenn in einer solchen Situation zwei Jahrgänge auf die Hochschulen geschickt würden, wäre die Situation für die Hochschulen und für die Studierenden selbst unzumutbar.

Die Qualität der allgemeinen Hochschulreife und ihre bedingungslose Anerkennung durch die Hochschulen wäre in Gefahr. Denn unser heutiges Recht kennt die Spaltung in Fachhochschulreife nach 12 Jahren und allgemeiner Hochschulreife nach 13 Jahren.

Auch bei anhaltend hoher weiter starker Arbeitslosigkeit wäre das Herausbringen eines zusätzlichen Jahrganges auf den Arbeitsmarkt überdies problematisch.

2. D-Zug-Klasse an Gymnasien

Diese Forderung führt zur Einrichtung von Sonderklassen, deren pädagogischer Wert sich in Schulver-suchen als höchst fragwürdig herausgestellt hat. Im übrigen ist es für einzelne Kinder heute schon möglich, eine Klasse zu überspringen. Mit dieser Forderung nach Sonderklassen wird langfristig die Spaltung der Gymnasien eingeleitet, was bildungspolitisch höchst problematisch ist.

3. Einschulungsalter für Fünfjährige

Die Einschulung einzelner, besonders leistungsfähiger Kinder bereits mit fünf Jahren zu fordern und einzuführen, ist Raub an der Kindheit. Es ist ein pädagogisch tragischer Irrtum, wenn Eltern glauben, die Entwicklung einer Persönlichkeit dadurch am besten fördern zu können, wenn die Kinder möglichst früh schulischem Leistungsverständnis ausgesetzt werden. Wie undurchdacht diese For-derung ist, wird an den notwendigen Folgeentscheidungen deutlich: es müßten im Bundesgebiet die

Neunjährigen, in Niedersachsen und Bremen die elfjährigen Kinder für die weitere Schullaufbahn ausgesondert werden. Eine solche Möglichkeit würde für die Kinder katastrophale Folgen haben, weil sie unvernünftige Eltern zu unkindlichen Erziehungsmethoden herausfordern würde. Es ist hilfreich zu wissen, daß nur in Großbritannien, Luxemburg und Holland die Einschulung der Fünfjährigen erfolgt. Dies geschieht dort aber vor dem Hintergrund eines ganz anderen Kind- und Erziehungsverständnisses sowie vor dem Hintergrund einer allgemein akzeptierten Gesamtschule.

4. Die Vorverlegung des Abiturs von Mai auf März, damit bereits unmittelbar nach dem Abitur ein Studium zum Sommersemester aufgenommen werden kann.

Eine solche organisatorische Maßnahme ist der Rettungsversuch der CDU-Bildungspolitiker, nach der Rücknahme der Wehrdienstverlängerung das Gesicht nicht zu verlieren. Angenommen, die Kultusministerkonferenz würde sich darauf verständigen, käme dieser Schritt vor allen Dingen den jungen Frauen zugute, die unmittelbar nach dem Abitur ein Studium aufnehmen wollen (etwa die Hälfte). Für die Wehr- und Zivildienstleistenden würde dieser Termin nichts bringen, genauso wenig für die, die am jeweiligen 1.8. eines Jahres eine Berufsausbildung oder eine Fachhochschulausbildung (Immatrikulation 1.9.) aufnehmen wollen. Kompliziert wäre die Umstellung mancher Studiengänge an Hochschulen, die ihre Angebote nur im Jahresrhythmus anbieten. Die Realisierung dieses Vorschlages müßte in den Wirkungen auf die Hochschulplanungen genau untersucht werden. Der Vorschlag scheint plausibler als er in der Realität ist.

5. Ausbildungsberufe

Die deutsche Berufsausbildung schafft wesentliche Voraussetzungen für die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft. In den neugeordneten Elektro- und Metallberufen ist wegen der hohen Ansprüche gerade eine Verlängerung der Ausbildungszeit von drei auf dreieinhalb Jahre vereinbart worden. Auf wesentlichen Druck der CDU/CSU-Länder ist die Regelausbildungszeit an der Kollegschule in Nordrhein-Westfalen auf vier Jahre verlängert worden. Die Verkürzung der Ausbildungszeit ist demnach weder aktuell noch sinnvoll, auch unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

6. Verkürzung der Studienzeiten

Die tatsächlichen Studienzeiten sind teilweise doppelt so hoch wie die Regelstudienzeiten in der Bundesrepublik. Eine Reduzierung ist sehr schwer durchsetzbar, weil an der Verlängerung des Studiums mehrere Faktoren beteiligt sind:

- a) Viele Studierende sind zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes auf Nebenverdienste angewiesen. Der Bafög-Kahlschlag 1987 hat auf diese Weise erheblich zur Verlängerung des Studiums beigetragen.
- b) Die Wohnsituation ist so schlecht, daß durch die Knappheit der Wohnungen und die Wucherpreise und die damit zusammenhängende Notwendigkeit zu arbeiten sowie durch teilweise abenteuerlich weite Anfahrtswege indirekt ebenfalls Studienzeitverlängerungen eintreten.

- c) Die unzureichende Ausstattung der Hochschulen mit Laborplätzen, Arbeitsräumen, Literatur und Personal führt zu studienverlängernden Bedingungen.
- d) Die Wissensexplosion hat in den Studiengängen selbst zu einer dauernden Vermehrung der Anforderungen, aber nicht zu einer Rücknahme veralteten und für ein erfolgreiches Studium sinnlosen Stoffbedarfs geführt.

Die Preistreiber bei der Bildungsdauer sind die Hochschulen. Man sollte sich aber von dem Hinweis auf das jüngere Durchschnittsalter westeuropäischer Hochschulabsolventen nicht täuschen lassen. Sie sind in der Regel erst zwei Jahre später betrieblich einsetzbar als deutsche Hochschulabsolventen.

Perspektiven

1. Eine Reduzierung der Schulzeit ist nur möglich nach gründlicher Bestandsaufnahme der Wirkungen. Sie ist nur in langfristiger Perspektive denkbar. Voraussetzung ist eine pädagogisch inhaltliche Verständigung der Entscheidungsträger. Eine Schulzeitverkürzung unter dem Hinweis auf den europäischen Binnenmarkt ist irreführend und verkoppelt die Schule vorschnell mit reinem Wirtschaftsleben. Schulzeit ist aber nicht nur Vorbereitungszeit für das Leben, sondern Lebenszeit mit größtem Eigenwert für die Entwicklung der Persönlichkeit der Kinder.
2. Es ist notwendig, über das Bildungsverständnis insgesamt neu nachzudenken. Eine schrittweise Reduzierung der Pflichtstundenzahl der Schülerinnen und Schüler wäre die Voraussetzung, damit die Jugendlichen mehr Zeit zur Entwicklung eigener charakter- und interessenstärkender Motivation haben. Musische, technische und sprachliche Komponenten gehören dazu. Dies ist wahrscheinlich nur über eine Erweiterung der Ganztagschulen zu leisten.
3. Die effektivsten Verkürzungen von Ausbildungszeiten liegen in der Förderung doppelt qualifizierender Ausbildungsgänge. Als Beispiele seien die Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen sowie das von den Fachhochschulen in Hannover, Osnabrück und Wolfenbüttel angebotene Studium im Praxisverbund. In den Kollegschulen und einigen Modellschulen in anderen Bundesländern haben Jugendliche mit 20 Jahren das Abitur und einen Facharbeiterbrief. Das Studium im Praxisverbund garantiert im Alter von 23 Jahren sowohl das Abitur, eine Facharbeiterausbildung und ein Diplom.
4. Die effektive Studienreform ist eine Herkules- und Sisyphusarbeit zugleich. Sie ist weder allein von den Hochschulen, noch von dem Staat zu leisten, sondern setzt eine Schärfung des Problembewußtseins in der Allgemeinheit voraus.

(-/26.5.1989/rs/ks)